

Die Schweizer Ausschaffungsinitiative: Eine Stellungnahme der Schweizerischen Ethnologischen Gesellschaft (SEG)

Wir EthnologInnen und SozialanthropologInnen, die in der Schweiz leben und arbeiten, wollen nachdrücklich unsere Besorgnis über die Ausschaffungsinitiative, den Gegenvorschlag und die derzeitige politische Debatte in der Schweiz zum Ausdruck bringen. Wir konstatieren eine zunehmende Fremdenfeindlichkeit, welche sich in Diskussionen über die Behandlung ausländischer Straftäter und ihrer Familien, über baurechtliche Vorschriften für religiöse Gebäude und das Einbürgerungsprozedere manifestiert. Diese politischen Vorstösse verweisen auf eine systematische Ausgrenzung bestimmter Teile der Bevölkerung. Wir sind der Meinung, dass es in der Ausschaffungsinitiative nicht um die Verringerung von Kriminalität geht – ebensowenig wie es in der Minarettinitiative um Minarette ging –, sondern um die Schaffung vereinfachter Feindbilder zum Zwecke des politischen Wahlkampfes und der Inszenierung staatlicher Durchsetzungskraft. Politische Scheingefechte wie die Ausschaffungsinitiative und der Gegenvorschlag verhindern die Auseinandersetzung mit den aktuellen globalen Herausforderungen und verschliessen Chancen für die Zukunft.

Für den Vorstand der SEG: Laurence Ossipow Wuest (Präsidentin), Heinzpeter Znoj (Vizepräsident), Ellen Hertz, Bettina Beer, David Bozzini, Brigit Obrist, Juliane Neuhaus (Generalsekretärin), Baltz Alter

www.seg-sse.ch

secretariat.sse(at)unine.ch